

Klaus Müller

Was den Staat Israel delegitimiert, hat nicht meine Gefolgschaft

Dr. Klaus Müller, Beauftragter für das christlich-jüdische Gespräch und Leiter des Arbeitsbereiches Interreligiöses Gespräch der Landeskirche in Baden, ist Vorsitzender der Konferenz Landeskirchlicher Arbeitskreise Christen und Juden (KLAK) der Evangelischen Kirche in Deutschland. Klara Butting sprach mit ihm über sein Engagement angesichts der schwierigen Situation in Israel-Palästina.

Ein Brief aus Palästina

Im Juni 2017 hat sich die Nationale Koalition christlicher Organisationen in Palästina (NCCOP) in einem offenen Brief an den Weltrat der Kirchen und die ökumenische Bewegung gewandt. Die Balfour-Deklaration wird dort als Ursprung der hundert Jahre währenden Unterdrückung des palästinensischen Volkes benannt. Wie hast du diesen Aufruf aufgenommen?

Gegen Strukturen der Unfreiheit und Ungerechtigkeit die Stimme zu erheben ist eines – das Augenmaß für historische und politische Realitäten zu verlieren ist ein anderes: 1917 als den Beginn der Ungerechtigkeit anzusetzen, scheint mir eine Verzeichnung der Realitäten zu sein. Im Jahr 1917 steckt natürlich etwas Problematisches: Die britische Kolonialmacht hat den jüdischen und den arabischen Vertretern mehr oder weniger dasselbe versprochen. Aber die Diktion „100 Jahre Ungerechtigkeit“ ist so plakativ, dass sie eher verschleiert, als wirklich weiterhilft. Die Balfour-Erklärung hat auch völkerrechtliche Bedeutung, die man nicht negieren kann. Wir müssen damit umgehen, wie dann auch mit den kommenden wichtigen Jahreszahlen, die mit der „7“ enden, besonders mit dem Teilungsbeschluss der Vereinten Nationen 1947 und dem Sechstagekrieg 1967.

Der Widerstand der palästinensischen Christinnen und Christen, den zu unterstützen wir in dem offenen Brief aufgefordert werden, zielt unter anderem auf die Rückkehr aller Flüchtlinge in ihre Heimat zu dem ihnen angestammten Land. Kannst du diese Zielvorstellung teilen?
Die Frage der damals Geflüchteten und Vertriebenen ist in den Verhandlungen immer ein Stein des

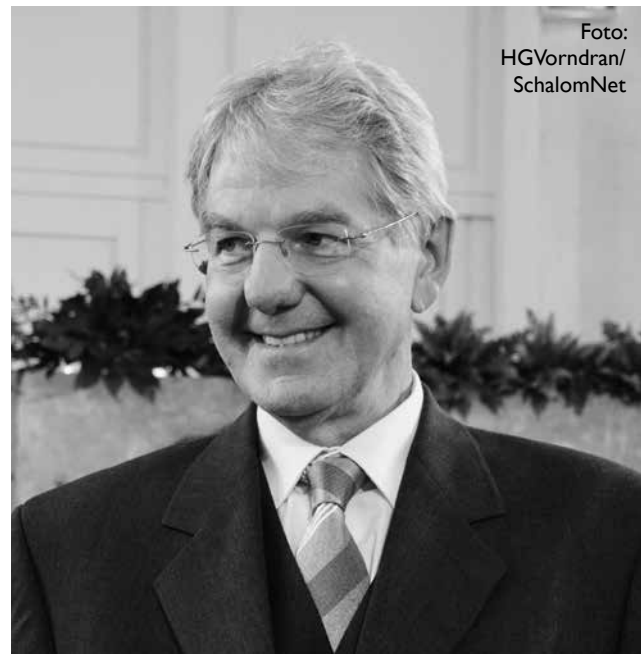


Foto:
HGVorndran/
SchalomNet

Ein unbesehenes Rückkehrrecht ist ein politisches und gesellschaftliches Unding. Das ist eine politische Realität, die sich eingestellt hat und die nicht wieder auf Anfang gestellt werden kann.

Anstoßes gewesen und wird es auch bleiben. Die Zahlen, die genannt werden – 1948 waren es etwa 750.000, unterdessen gelten cirka vier Millionen Palästinenser als Flüchtlinge von neun Millionen weltweit –, sind so, dass aus israelischer Sicht eine Rückkehr völlig unvorstellbar ist. Eine Rückkehr aller, deren Vorfahren irgendwann in Palästina gewohnt haben, macht den Staat Israel als eine Größe, die sich die jüdische Gesellschaft – laut eigener Absicht in aller Offenheit – geschaffen hat, unmöglich. Ein unbesehenes Rückkehrrecht ist ein politisches und gesellschaftliches Unding. Das ist eine politische Realität, die sich eingestellt hat und die nicht wieder auf Anfang gestellt werden kann. Dass es zu den Vertreibungen von Palästinenserinnen und Pa-

Land zu ermöglichen. Dies ist unser letztes friedliches Mittel. Als Reaktion auf Israels Kampf gegen BDS bitten wir Euch darum, diese Maßnahmen zu intensivieren; Überdies schlagen wir vor, für die Aufrechterhaltung der Präsenz der palästinensischen Christen zu sorgen, und zwar durch Unterstützung ihrer Organisationen, ihrer kirchlichen Arbeit und ihrer friedlichen Anstrengungen. (...)

Die Dinge sind mehr als dringend. Wir stehen am Rande eines katastrophalen Zusammenbruchs. Der gegenwärtige Status quo ist unhaltbar. Dies

könnte unsere letzte Chance sein, einen gerechten Frieden zu erreichen. Und dies könnte für die christliche Gemeinschaft in Palästina die letzte Möglichkeit sein, die Präsenz der Christen in diesem Land zu erhalten. Unsere einzige Hoffnung als Christen beruht auf der Tatsache, dass in Jerusalem, der Stadt Gottes, die auch unsere Stadt ist, sich ein leeres Grab befindet, und dass Jesus Christus, der über Sünde und Tod triumphiert, uns und der gesamten Menschheit neues Leben gebracht hat.

[Übersetzung aus dem Englischen: Dr. Sören Widmann & Irene Idarous]

lätinensern und ihrem Verlust von Heimat gekommen ist, gehört zu den Folgen – den unsäglichen Folgen – des UN-Beschlusses von 1947 und des sich daran anschließenden Krieges von 1948, mit dem eine Allianz arabischer Staaten auf die Unabhängigkeitserklärung des Staates Israel reagiert hat. Das heißt, Vertreibung und Verlust von Heimat sind auch Folge der arabischen Nicht-Anerkennung des Teilungsbeschlusses der UN. Der Teilungsbeschluss von 1947 hat eine Tür zu der Bildung des Staates Israel geöffnet. Die damit auch eröffnete Möglichkeit der Bildung eines arabisch-palästinensischen Staates ist, wie wir alle wissen, nicht positiv aufgenommen worden. Das ist eine große verpasste Chance, die auch mit dem Datum 1947 verbunden ist.

Dazu kommt – und auch das muss beim Thema Rückkehrrecht mitgehört werden –, dass eine ebenso große Zahl von Jüdinnen und Juden, circa 750.000, während und nach dem Unabhängigkeitskrieg aus arabischen Staaten vertrieben wurden. Juden und Jüdinnen in den arabischen Staaten konnten die Schaffung des Staates Israels nutzen, aus ihrem Umfeld, das ihnen mehrheitlich feindlich gesonnen war, zu fliehen und nach Israel zu entkommen. Und dieses ist leider, leider, so wie wir den weltweiten Antisemitismus wahrnehmen, keine Story von gestern, die der Geschichte angehört. Juden heute, auch wenn sie weit weg wohnen, blicken auf diesen Staat als eine Möglichkeit der Zuflucht auch im 21. Jahrhundert. So unfasslich so etwas klingt, ist es aber die Realität.

Um den Zuzug von Jüdinnen und Juden aus aller Welt möglich zu machen und ihnen eine Heimat zu bieten, will Israel ein jüdischer Staat sein. Ist Israel unter anderem deshalb ein Apartheidstaat? Israel so zu nennen, werden wir hier von den palästinensischen

Christinnen und Christen in ihrem offenen Brief aufgefordert.

Das Wort Apartheid und das, was wir damit verbinden, hat seinen klaren historischen Sitz in Südafrika als tief rassistisches Unrecht, das sich dort auch politisch Bahn gebrochen hat. Ich möchte und kann es nicht eins zu eins auf andere Verhältnisse übertragen, auch nicht auf das israelisch-palästinensische. Der Begriff der rassistischen Apartheid spielt in diesem Konflikt einfach nicht die entscheidende Rolle. Es gibt Rassismen in beiden Gesellschaften, so wie es Rassismen nach wie vor in der amerikanischen Gesellschaft und nicht zuletzt auch in unserer Gesellschaft gibt. Aber der Fokus auf Apartheid im Sinne von Rassentrennung ist einfach nicht das Thema in Israel und Palästina. Es geht um Machtansprüche, um Landansprüche, die nicht auf eine Rassentrennung zu reduzieren oder zurückzuführen sind. Der Konflikt ist schlimm genug, aber meines Erachtens passt der Begriff der Apartheid nicht.

Eine weitere konkrete Forderung der palästinensischen Christinnen und Christen lautet, dass wir die Boycott, Divestment and Sanctions- Kampagne unterstützen. Beteiligst du dich an dieser Boykottkampagne?

Gewaltfreier Protest und Bürgerprotest sind in dem israelisch-palästinensischen Konflikt wichtig. Diejenigen, zu denen ich mich zähle, die Protestgruppen wie die „Rabbiner für Menschenrechte“ oder „B'tselem“ unterstützen, Gruppen und Organisationen also, die Menschenrechtsverletzungen in den besetzten Gebieten beobachten und dokumentieren, unterstützen Bürgerprotest. Doch ich unterscheide auch terminologisch Bürgerprotest von der Boykottbewegung. Wir haben auch in unserer landeskirchlichen Antwort auf das Kairos-

Wir haben auch in unserer landeskirchlichen Antwort auf das Kairos-Dokument aus Palästina von 2009 so votiert, dass für uns als evangelische Kirche in Baden Boykott gegenüber jüdischen Einrichtungen einfach ein Un-Gedanke ist.



Dokument aus Palästina von 2009 so votiert, dass für uns als evangelische Kirche in Baden Boykott gegenüber jüdischen Einrichtungen einfach ein Un-Gedanke ist. Die Unterscheidung zwischen Waren aus den besetzten Gebieten und israelischen Produkten lässt sich nicht durchhalten. Wer genau hinhört, hört auch bei den Protagonisten der BDS-Bewegung, dass es diese Unterscheidung letztlich nicht gibt. Wenn ich BDS ernst nehme, dann boykottiere ich auch den Auftritt des Bima-Theaters aus Tel Aviv in unseren Städten oder die Universität in Ramat Gan, dann höre ich auf mit der Hebräischen Universität in Jerusalem einen Studienaustausch zu machen und so weiter. Die geforderten Boykottmaßnahmen sind einschneidend. In der Weise möchte ich mich nicht und kann ich mich nicht verhalten.

Solidaritätsarbeit in Deutschland

Findest du es richtig, dass Städte wie Frankfurt oder Berlin Vertreter/innen der BDS-Kampagne keine Räume für ihre Veranstaltung zur Verfügung stellen?

Bei aller Ablehnung von BDS finde ich es persönlich doch sehr heikel, eine Debatte durch restriktive Maßnahmen zu vereiteln. Wir haben solche Konflikte um Räume und zwischen Israel-Solidaritätsgruppen und Palästina-Solidaritätsgruppen auch in der Badischen Landeskirche. Ich will den Befürwortern der BDS-Kampagne nicht den Mund verbieten. Der Boykott ist eine Option, die auch linke Israelis teilen. Diese Option muss geäußert werden können und gehört werden dürfen. Genau so wie ich möchte, dass sie mein dem Boykottaufruf-nicht-Folgen-Können hören. Ich halte nicht viel davon, Debatten auszusperren und zu verunmöglichen – da traue ich dem Differenzierungsvermögen der Menschen einiges zu.

Engagiert sich die KLAKE für das Ende der Besetzung Palästinas?

Die KLAKE ist eine Dachorganisation von Arbeitskreisen, die in den Landeskirchen den Dialog zwischen Juden und Christen suchen und fördern. Die wichtige Arbeit geschieht regional in den Arbeitskreisen. Zwischen den einzelnen Studienkreisen gibt es große Unterschiede und auch nicht unbedingt den leichten Konsens. Wir sind uns allerdings über die eine gemeinsame Aufgabe einig mitzuhelfen, die verfestigten Bilder vom „Anderen“ in den Köpfen zu entzerren – durch Wahrneh-

mung und Gespräch. Es ist schon auch ein Zeichen, dass die KLAKE ihr 40-jähriges Bestehen im nächsten Jahr in Israel-Palästina begeht. Das Programm der vier Tage, die wir mit 30 bis 40 Leuten aus den verschiedenen Landeskirchen gestalten, bildet ab, was uns beschäftigt. Wir werden christlich-jüdische Studien betreiben, aber auch in Talitha Kumi, einem evangelischen Schulzentrum in Beit Jala, sein und das Gespräch mit palästinensischen Theologinnen und Theologen führen. Wir versuchen, eine Brücke zu finden zwischen der christlich-jüdischen Dialogarbeit und den Themen, die innerchristlich, deutsch-palästinensisch diskutiert werden. Auch wenn der Fokus der Arbeit in der KLAKE stärker auf den Themen der jüdisch-christlichen Dialog-Agenda hierzulande liegt, für die wir Materialien erarbeiten, ist das israelisch-palästinensische Verhältnis ständig präsent.

Was sagst du zu dem Vorwurf palästinensischer Christ/innen, der Dialog zwischen Christen und Juden hat den Preis, dass über das Unrecht, das in Palästina geschieht geschwiegen wird?

Natürlich gibt es so etwas. Es gibt Engagierte im christlich-jüdischen Dialog, die sich ein Nicht-Votieren auferlegen oder sich einer Position verpflichtet fühlen, die sie als pro Israel verstehen. Aber ich würde es weit von mir weisen, solche Positionen als ein Essenziell des christlich-jüdischen Dialogs zu verstehen. Wer sich im christlich-jüdischen Gespräch engagiert, muss verstehen, dass Liebe zu Israel nicht Liebe zu einem bestimmten politischen Programm heißt, wie es die gegenwärtige Regierung vertritt. Diese Unterscheidung wollen manche allerdings nicht mitmachen. Als würde man bei uns sagen, nur der ist solidarisch mit Deutschland, der die Ultra-Rechte unterstützt. Das wäre ja wohl ziemlicher Unfug.

„Lernen vom Judentum“ war jahrelang christliche Haltung und christliches Interesse im jüdisch-christlichen Dialog. Ist es überhaupt möglich, plötzlich die Rollen zu verändern und kritische Fragen zur Politik in Israel zu stellen?

Lernen heißt ja nicht nur Rezipieren, sondern auch das Gelernte in einen Diskurs einbringen. Und dieses Lernen und der daraus resultierende Diskurs sind etwas sehr Plurales. Wenn wir natürlich nur mit jüdisch-nationalistischen Kräften lernen würden, dann käme dabei möglicherweise nicht viel

Wer sich im christlich-jüdischen Gespräch engagiert, muss verstehen, dass Liebe zu Israel nicht Liebe zu einem bestimmten politischen Programm heißt, wie es die gegenwärtige Regierung vertritt.

Wenn es um Israel geht, lässt sich das Manifeste, das Land und die Menschen aus Fleisch und Blut, auch die politische Wirklichkeit, nicht vollständig vom Theologischen trennen.

Offenheit für die Anliegen der Palästinenser heraus. Aber das ist mitnichten der Fall. Das Lernen vom Judentum ist eine breit angelegte Unternehmung. Es heißt lernenzum Beispiel eben auch mit den „Rabbinern für Menschenrechte“, zutiefst religiös gebundene Menschen mit einer klaren politischen Option. Wir tun gut daran, von denen zu lernen! Und sie sind nicht die einzigen, die religiös stark verwurzelt sind und dabei eine alternative politische Option gegenüber der momentanen Regierung in Jerusalem vertreten.

Zeichen der Treue Gottes

Einer der zentralen Sätze christlicher Umkehr nach dem Faschismus war die Einsicht, die 1980 die Synode der Kirche im Rheinland formuliert hat, „dass die fortdauernde Existenz des jüdischen Volkes, seine Heimkehr in das Land der Verheißung und auch die Errichtung des Staates Israel Zeichen der Treue Gottes gegenüber seinem Volk sind.“ Sind diese Sätze deiner Meinung nach heute immer noch wichtig?

Die rheinische Synode hatte diesen Satz noch einmal in seinen Kontext gestellt und in seinem Kontext erklärt. Die ganze Bewegung jüdischer Menschen nach Eretz Jisrael, die Existenz von Judentum bis heute und letztlich auch eine staatliche Identität haben etwas mit dem Festhalten Gottes am jüdischen Volk zu tun. Es lässt sich nicht trennen und es lässt sich – um Himmels willen – auch nicht identifizieren. Wir können nicht an der Staatsbildung ablesen, dass der gnädige Gott mit und für Israel ist. Das wäre ein Kurzschluss, den wir theologisch und politisch nicht vertreten können. Doch wenn es um Israel geht, lässt sich das Manifeste, das Land und die Menschen aus Fleisch und Blut, auch die politische Wirklichkeit, nicht vollständig vom Theologischen trennen. Es ist eine immerwährende Herausforderung, bei diesem Balanceakt weder auf der einen noch auf der anderen Seite vom Pferd zu fallen. Die Rheinländer haben sich deshalb nochmal zu Wort gemeldet und gesagt, es ist eine Selbstverständlichkeit, dass dieser Staat Israel, wie alle anderen Staaten, dem Gebot der Gerechtigkeit unterstellt ist. Es gibt für Israel keinen Freibrief, zu machen, was es will, und keine theologische Legitimierung für Enteignungen und unbegrenzte Besitzansprüche.

Gibt es Sätze, die heute gesagt werden müssen?

Ja. Immer schon ist das Sein im Land verknüpft mit einem ethischen Anspruch. Das Sein im Lande ist

ausgerichtet auf Friede und Gerechtigkeit. An diesen Anspruch müssen alle Seiten erinnert werden. Das Sein im Land ist an Erwartungen geknüpft. In der Bibel kann es ganz prägnant heißen: Das Land kann euch ausspeien, wenn Unrecht geschieht! Das sind Sätze, die in aller Vorsicht von nichtjüdischen Menschen wie mir und anderen auch gesagt werden können und vertreten werden müssen.

Wenn du für deine Mitstreiter/innen im breiten Feld der jüdisch-christlichen Dialogbewegung eine Agenda 2018 formulieren könntest oder müsstest, was steht ganz oben auf der Agenda 2018 in Hinblick auf den Streit in und um Israel-Palästina?

2018 wird ja wieder so ein rundes Jahr mit Blick auf diese Region unserer Erde sein. 1948 wurde der Staat Israel gegründet. Es ist ein Datum der Freude darüber, dass es diesen Staat Israel gibt – um da keine Missverständnisse aufkommen zu lassen: Alles was deligitimierend gegenüber diesem Staat Israel geäußert wird, hat nicht meine Gefolgschaft! Aber die Existenz dieses Staates muss neu mit sozialer Gerechtigkeit verbunden werden, mit dem Wahrnehmen von Menschen, die auch in dieser Region wohnen und die Ansprüche auf Selbstbestimmung und auf ein Leben in Freiheit haben. Daran wieder zu erinnern steht auf der Agenda 2018.

Gibt es ein Projekt in Israel oder Palästina, das dir besonders am Herzen liegt, das du unterstützt und von dem du sagst, das sollen wir auch unterstützen?

Die „Rabbiner für die Menschenrechte“ verdienen jegliche Unterstützung. Sie machen eine tolle Arbeit. Sie gehen dahin, wo es schmerzt, und leben Zeugenschaft. Sie gehören zu den großen Lichtblicken der israelischen Gesellschaft. Apropos Lichtblicke: Ganz persönlich habe ich Kontakt zu einer Gruppe, die auf Hebräisch *tag meir* heißt, ein lichtvolles Zeichen. Der Name ist ein Wortspiel, das sich von dem Namen einer Gruppe jugendlichen Siedler abhebt, die durch die Lande ziehen und Übergriffe auf jüdische, christliche, manchmal auch muslimische Einrichtungen unternehmen.

Die momentane Regierung würde solchen Protestbewegungen am liebsten einen Maulkorb verpassen – aber hast du schon mal von Israelis gehört, die sich den Mund verbieten lassen? Nein, Gott sei Dank!

Danke für das Gespräch.